

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Vor einem nachhaltigen Aufschwung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1999) : Vor einem nachhaltigen Aufschwung?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 10, pp. 622-626

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40407>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hans-Hagen Härtel

Vor einem nachhaltigen Aufschwung?

Im Vergleich zum EU-Durchschnitt und zu den Vereinigten Staaten hat Deutschland seit einigen Jahren eine höhere Arbeitslosenquote und niedrigere Wachstumsraten zu verzeichnen. Worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen? Ist der gegenwärtige Aufschwung nachhaltig?

In der Weltwirtschaft haben sich die Perspektiven für die konjunkturelle Entwicklung deutlich aufgehellt. In den Vereinigten Staaten gibt es trotz der von den hohen Aktienkursen hervorgerufenen Nervosität eine zuvorsichtige Grundstimmung, daß nach dem spektakulär langen Aufschwung eine weiche Landung gelingen wird. Die asiatischen Länder sind dabei, die Finanzkrise zu überwinden, die vor zwei Jahren über sie hereingebrochen war, und treten auf den Weltmärkten nicht mehr nur als aggressive Anbieter von Industrieprodukten auf, sondern auch als Abnehmer. Der von der Finanzkrise ausgehende Schock hat in Europa die gerade in Gang gekommene konjunkturelle Belebung unterbrochen, doch blieb die Konstitution der Wirtschaft so robust, daß sich nun – nach der Absorption des Schocks – die internen Auftriebskräfte ungehindert entfalten können.

Die aktuelle Lage

Innerhalb von Europa weist Deutschland in den neunziger Jahren eine relativ ungünstige „performance“ auf. Auch in den letzten beiden Jahren war die deutsche Wirtschaft vom externen Schock der asiatischen Finanzkrise überdurchschnittlich stark betroffen, und der konjunkturelle Auftrieb blieb verhaltener. Die Anzahl der Arbeitslosen, die von Ende 1997 bis Anfang 1999 erstmals in den neunziger Jahren saisonbereinigt spürbar von 4,5 Mill. auf 4,1 Mill. zurückgegangen ist, hat zuletzt wieder leicht zugenommen.

Demgegenüber ist in zahlreichen Mitgliedsländern der EU die Arbeitslosigkeit deutlich verringert worden,

so in den kleinen Ländern Niederlande, Dänemark, Schweden und Österreich, aber auch in Großbritannien. Deutschland, dessen Arbeitslosenquote zu Beginn der neunziger Jahre noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag, gehört heute zusammen mit den großen EU-Ländern Frankreich, Italien und Spanien zu Europas „kranken Männern“.

Die konstitutionelle Schwäche Deutschlands kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß die realen Ausrüstungsinvestitionen bis Anfang 1997 auf dem Niveau des Rezessionsjahres 1993 verharrten. Danach ist allerdings eine – in der Öffentlichkeit kaum bemerkte – spektakuläre Wende eingetreten. Vom ersten Halbjahr 1997 bis zum ersten Halbjahr 1999 stiegen die realen Ausrüstungsinvestitionen um 17%. Dieser Investitionsanstieg sowie der temporäre Rückgang der Arbeitslosigkeit machen deutlich, daß auch Deutschland grundsätzlich über das Potential verfügt, die Arbeitslosigkeit durch wirtschaftliche Dynamik abzubauen. Die Frage ist nur, ob von der Seite der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen geschaffen wurden oder werden, die dem gegenwärtigen Aufschwung die notwendige Dauer geben.

Zur wirtschaftspolitischen Kontroverse

Die Antwort auf diese Frage wird dadurch erschwert, daß der Kurs der gegenwärtigen Bundesregierung nach der zweimaligen Korrektur nicht sicher beurteilt werden kann. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 hatten der Finanzminister Lafontaine und seine Berater für die makroökonomische Politik einen Wechsel des Paradigmas angekündigt. Bis dahin folgte die Regierung dem Assignment-Modell, nach dem für die Geldwertstabilität die Notenbank, für das wirtschaftliche Wachstum die Finanzpolitik und für die Beschäftigung die Tarifvertragsparteien zuständig

Dr. Hans-Hagen Härtel, 58, ist Abteilungsleiter im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

sein sollten. Diese Aufgabenverteilung basiert auf den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie, daß zweckmäßigerweise jedem wirtschaftspolitischen Instrument jeweils ein Ziel zuzuordnen ist. Die konkrete Aufgabenverteilung trägt gleichwohl den Interdependenzen zwischen den Zielen Rechnung.

So fördert beispielsweise Geldwertstabilität langfristig auch Wachstum und Beschäftigung. Zudem bedeutet Stabilisierung des Geldwertes nicht nur Vermeidung von Inflation, sondern auch von Deflation, was eine Expansion der Geldversorgung entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials erfordert. Die Bereitstellung eines zugleich stabilitäts- und wachstumsgerechten Geldangebots fördert die Beschäftigung auch auf kurze Frist, flankiert aber auch eine Lohnpolitik, die durch Senkung der Lohnstückkosten die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen versucht. Sollte nämlich die Geldnachfrage sinken, weil der durch niedrige Lohnabschlüsse bedingte Ausfall von Konsumnachfrage nicht sofort durch zusätzliche Investitionsnachfrage ausgeglichen wird, müßte die Notenbank den Geldzins senken und würde damit die Güternachfrage anregen.

Eine wachstumsfördernde, das heißt produktivitätssteigernde Finanzpolitik wiederum unterstützt – indem sie die Kosten senkt und das Güterangebot ausweitet – die Notenbank und – indem sie den Spielraum für Realeinkommenszuwächse vergrößert – die Tarifvertragsparteien. Schließlich erleichtern kostensenkende Tarifabschlüsse die Stabilisierung der Güterpreise und regen die Investitionsbereitschaft an.

Änderung der Aufgabenzuordnung

Der ursprünglich angestrebte und im Jahreswirtschaftsbericht begründete Paradigmenwechsel zielte nicht nur darauf ab, diese gleichsam implizite Kooperation der Politikbereiche durch ausdrückliche Kooperation zu ersetzen, sondern forderte auch eine Änderung der Aufgabenzuordnung. So sollte die Lohnpolitik nicht danach streben, Arbeit rentabel zu halten oder wieder zu machen, sondern die Kaufkraft zu stärken. Die Tarifvertragsparteien sollten deswegen den (mittelfristigen) gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs einschließlich den von der Notenbank anvisierten Anstieg der Verbraucherpreise für Lohn-erhöhungen ausschöpfen. Eine Unterschreitung dieser Leitlinie mit dem Ziel der Kostensenkung wurde ausdrücklich als kontraproduktiv erklärt. Die Tarifabschlüsse sollten aber auch nicht darüber hinausgehen, dies aber nicht, weil die Verteuerung der Arbeit

unmittelbar die Nachfrage nach Arbeitskräften einschränken würde, sondern deshalb, weil der damit verbundene Kostenauftrieb der Notenbank die Wahrung der Geldwertstabilität erschwert.

Die Lohnpolitik ist in dieser wirtschaftspolitischen Konzeption kein beschäftigungspolitisches Instrument, sie ist sozusagen neutralisiert. An ihre Stelle tritt zum einen die Finanzpolitik, wobei auch hier in erster Linie der Nachfrageaspekt im Vordergrund steht. Da der finanzpolitische Handlungsspielraum wegen des Zwanges zur mittelfristigen Konsolidierung begrenzt ist, wird – zum anderen – die Geldpolitik als der wirksamste beschäftigungspolitische Hebel angesehen.

Diese Sicht erklärt, warum Lafontaine und seine Berater zunächst die Bundesbank und dann die Europäische Zentralbank zu einer forcierten Zinssenkung drängten und warum ihnen die Institution einer unabhängigen Notenbank als suspekt erscheinen muß. Wenngleich die Bundesregierung nach dem Rücktritt Lafontaines den Kurswechsel stillschweigend wieder korrigiert hat und zum Assignment-Modell zurückgekehrt ist, lohnt es sich noch einmal, die empirische Belege kritisch zu prüfen, mit denen der Paradigma-Wechsel begründet wurde.

US-Notenbank als Hauptzeuge?

Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß die Politikänderung, die als Kampfansage gegen den „Neoliberalismus“ propagiert wurde, als ihren Hauptzeugen die Notenbank der Vereinigten Staaten benennt. In den USA gibt es eine Kontroverse über die Ursachen des laufenden Wirtschaftsaufschwungs, dessen Dauer auch für amerikanische Verhältnisse spektakulär ist. Es gibt Ökonomen, die der expansiven Geldpolitik das Hauptverdienst zuschreiben. Während in den USA – so Lafontaines Staatssekretär Flaßbeck – die Notenbank zu Beginn der neunziger Jahre die Rezession durch zügiges Gegensteuern rasch beendet und anschließend die monetären Zügel locker gehalten habe, sei die Konjunktur in Europa von der Bundesbank und in ihrem Gefolge von den anderen europäischen Notenbanken durch eine zu starke und zu lange fortgeführte Hochzinspolitik abgewürgt worden.

Diese Diagnose überzeugt bei näherer Prüfung nicht, denn sie erklärt nicht, warum der anhaltende Nachfrageanstieg – anders als in früheren Zyklen – nicht zu einem Preis- und Kostenauftrieb geführt hat. Vielmehr konnte in den USA dank unerwarteter Produktivitätssteigerungen mit der Nachfrage auch das Güterangebot ausgeweitet werden, so daß die

früher gewohnten Kapazitätsengpässe ausblieben. Zur Erklärung dieses „Wunders“ muß man berücksichtigen, daß der Aufschwung nicht erst in den neunziger Jahren begonnen hat, sondern bereits in den achtziger Jahren nach der Verwirklichung des radikalen Steuersenkungsprogramms von Präsident Reagan.

Der nur durch die kurze Rezession zu Beginn der neunziger Jahre unterbrochene Aufschwung dauert nunmehr schon 16 Jahre. In dieser Zeit muß sich die Elastizität der amerikanischen Wirtschaft deutlich verbessert haben. Es spricht viel dafür, den Ökonomen recht zu geben, die als Erklärung hierfür die Deregulierungen und Steuersenkungen während der Reagan-Ära anführen, die die Innovationsfähigkeit gesteigert, den Wettbewerb intensiviert und die ohnehin schon hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöht haben.

Diese Erklärung gewinnt weitere Plausibilität, wenn man die Entwicklung in Deutschland während dieses Zeitraumes zum Vergleich heranzieht. Nach der durch den zweiten Ölpreisschock ausgelösten Rezession wurde auch im alten Bundesgebiet eine – wenn auch wesentlich zurückhaltendere – Wendung zur Angebotspolitik betrieben, deren Bestandteile Steuersenkungen, Sanierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen und eine moderate Lohnpolitik waren. Diese Wirtschaftspolitik war beschäftigungspolitisch durchaus erfolgreich, denn zwischen 1983 und 1990 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen um 2 Mill. und die Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen) verringerte sich von 9,1% auf 7,2%.

Marginale geldpolitische Unterschiede

Die Wege Deutschlands und der Vereinigten Staaten gabelten sich erst seit der Vereinigung, die der westdeutschen Wirtschaft vorübergehend einen kräftigen Boom bescherte, während die übrigen Industrieländer bereits im Jahr 1990 in eine Rezession geraten waren. Dieses Konjunkturgefälle prägte auch die Geldpolitik. Ende der achtziger Jahre war die amerikanische Notenbank und in ihrem Gefolge auch die Bundesbank und anderen Notenbanken auf Restriktionskurs gegangen, um den sich abzeichnenden konjunkturellen Überhitzungserscheinungen entgegenzuwirken. Während die amerikanische Notenbank nach der Abschwächung der Konjunktur im Jahre 1990 die monetären Zügel lockerte und die Zinsen innerhalb von zwei Jahren von 9% auf 3% senkte, verschärfte die Bundesbank zunächst noch den Restriktionskurs, weil der Preis- und Kostenauftrieb infolge

des Vereinigungsbooms außer Kontrolle zu geraten drohte. Dementsprechend schloß sich die Bundesbank erst 1992, also mit einem Abstand von zwei Jahren, den Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank an. Seit 1995 sind die kurzfristigen Zinsen in Deutschland niedriger als in den USA.

Man kann durchaus darüber streiten, ob die Bundesbank ihren Restriktionskurs nicht zu lange durchgezogen und ihre Zinsen nicht schnell genug gesenkt hat, nachdem auch die deutsche Wirtschaft in die Rezession geraten war. Die Behauptung, daß der stabilitätspolitische Ehrgeiz der Bundesbank auch dafür verantwortliche sei, daß die deutsche Konjunktur in den letzten sechs Jahren der amerikanischen hinterhinkt, hat indessen wenig Plausibilität.

Es ist zwar richtig, daß die amerikanische Notenbank sich verbal nicht nur der Geldwertstabilität, sondern auch dem wirtschaftlichen Wachstum verpflichtet fühlt, doch zeigt der Blick auf die Realität, daß sich die amerikanische von der deutschen Geldpolitik nur marginal unterscheidet. Die amerikanische Wirtschaft der neunziger Jahre zeichnet sich ja nicht nur durch das hohe Wachstum, sondern auch durch einen – für amerikanische Erfahrungen – niedrigen Anstieg der Verbraucherpreise aus. Die durchgehend geringen Unterschiede zwischen den deutschen und amerikanischen Kapitalmarktzinsen sind ein Indiz dafür, daß auch die Anleger die Geldpolitik der beiden Länder ähnlich beurteilen.

Inzwischen ist es um die Forderung nach einer expansiveren Notenbankpolitik still geworden. Nachdem die Europäische Zentralbank im April dieses Jahres ihren Zinssatz auf 2,5% gesenkt hatte, festigte sich die Erwartung, daß die Geldpolitik ihren Spielraum nach unten ausgereizt hat. In der Erwartung steigender Zinsen nahm die Nachfrage nach Krediten zu und gleichzeitig hielten sich die Anleger zurück. In der Folge stiegen die Zinsen am Kapitalmarkt um 1,5 Prozentpunkte.

Beschäftigungspolitische Verantwortung der Lohnpolitik

Zweifellos hat das niedrige Zinsniveau dazu beigetragen, daß in Europa die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gestärkt worden sind. Ebenso wenig sollte es aber auch Zweifel darüber geben, daß die Nachhaltigkeit des Aufschwungs nicht allein und nicht einmal in erster Linie von der Geldpolitik abhängt. In dieser Hinsicht kommt der im Bündnis für Arbeit getroffenen Erklärung, daß der Produktivitätsfortschritt

mögensungleichheit und die staatlich organisierte Sicherung hohe Priorität haben.

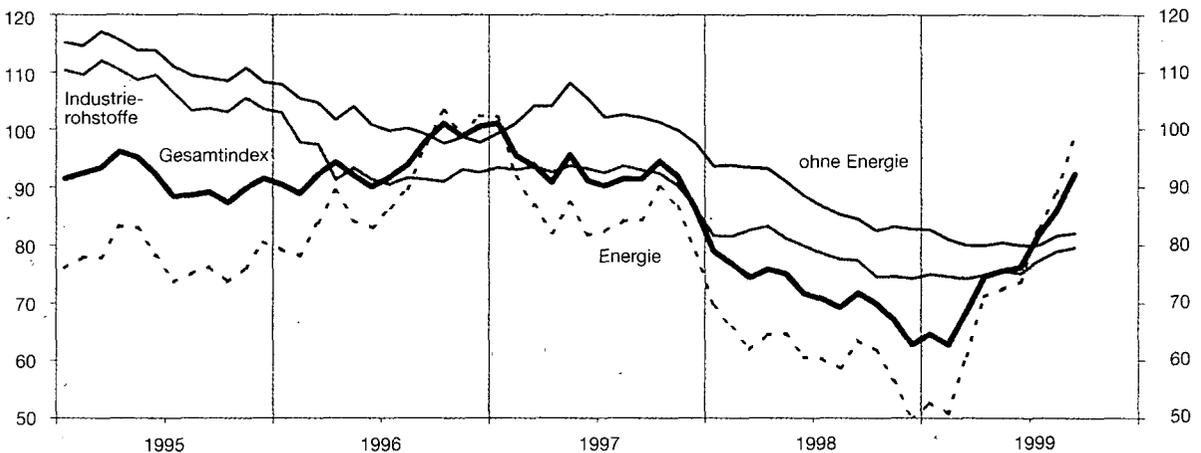
Diese Position hat prinzipiell nichts mit der Frage zu tun, ob die Wirtschaftspolitik an der Nachfrage oder am Angebot anzusetzen hat. Sie ist grundsätzlich auch unabhängig von der neoliberalen Konzeption, die gerade nicht alles dem Markt überlassen will, sondern einen staatlichen Ordnungsrahmen zur Vermeidung von Marktversagen fordert. Allerdings gehört zur neoliberalen Position auch Wachsamkeit gegenüber Staatsversagen, also die Erkenntnis, daß staatliche Maßnahmen in der Realität nicht nur zur Verbesserung der Effizienz, sondern auch zugunsten von partikularen Interessen getroffen werden.

Wer linke Positionen vertritt, muß sich vor der Gefahr hüten, nachfrageorientierte gegenüber angebotsorientierte Maßnahmen und Regulierungen ge-

genüber Deregulierungen deshalb zu bevorzugen, weil sie besser mit dem Ziel der Einkommens- und Vermögensangleichung und der kollektiven Sicherung kompatibel sind. Man muß auch hinnehmen, daß die Globalisierung und der Trend zur Individualisierung die bisherigen Umverteilungs- und Sicherungssysteme in Frage stellen und ihre Reform erzwingen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß zwischen den linken Zielen Gleichheit und Sicherheit einerseits und Vollbeschäftigung andererseits Konflikte bestehen.

Die wesentlichen Reformvorhaben, über die in Deutschland demnächst entschieden wird, haben insbesondere das Tarifvertragssystem, die sozialen Sicherungssysteme und das Steuerrecht zum Gegenstand. Vor allem die Lösung dieser Probleme entscheidet darüber, wie nachhaltig der gegenwärtige Aufschwung sein wird.

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen*	1998	März 99	April 99	Mai 99	Juni 99	Juli	Aug. 99	Sept. 99
Gesamtindex	72,0 (-22,4)	68,4 (-8,1)	74,6 (-1,6)	75,6 (0,7)	76,2 (6,3)	81,8 (15,7)	86,1 (24,4)	92,3 (28,6)
Gesamtindex, ohne Energie	88,2 (-13,7)	80,0 (-14,3)	79,9 (-14,2)	80,5 (-11,6)	80,0 (-9,7)	79,9 (-7,8)	81,7 (-4,3)	82,0 (-3,0)
Nahrungs- und Genußmittel	115,8 (-12,2)	97,4 (-22,3)	95,2 (-22,2)	95,2 (-20,8)	94,6 (-17,3)	87,9 (-20,6)	89,9 (-17,1)	89,3 (-15,5)
Industrierohstoffe	78,9 (-14,5)	74,1 (-10,2)	74,8 (-10,2)	75,5 (-7,0)	75,1 (-6,1)	77,3 (-1,7)	78,9 (1,7)	79,6 (2,8)
Agrarische Rohstoffe	79,3 (-14,4)	77,7 (-6,3)	77,1 (-8,1)	77,5 (-5,2)	77,8 (-4,3)	78,3 (-1,0)	80,0 (2,4)	79,2 (1,7)
NE-Metalle	71,1 (-20,8)	63,4 (-15,8)	67,2 (-11,6)	69,0 (-5,6)	67,4 (-3,4)	73,5 (5,5)	75,4 (9,2)	79,2 (13,6)
Energierohstoffe	61,4 (-29,0)	60,8 (-1,9)	71,1 (10,2)	72,4 (12,1)	73,7 (21,7)	82,9 (37,6)	89,0 (51,6)	98,9 (56,1)

* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. 0 40/4 28 34-358/3 20